

Müllverbrennungsanlage im Kreuzfeuer der Kritik

An die WAZ Herten.

Mit Interesse las ich in der heutigen WAZ im Leserecho des Hertener Anzeigers den Brief von Reinhold John aus Bertlich zum Thema: „Müllverbrennungsanlage“. Auch ich habe einige Bedenken zu dem Projekt, in Herten eine Müllverbrennungsanlage zu errichten.

Im Januarheft 1972 des inzwischen eingestellten „X-Magazins“ ist ein Bericht über das „Blaubeurer Atmungsverfahren“ zu lesen. Dieses Verfahren bietet erhebliche Vorteile gegenüber der normalen Müllkompostierung.

Im folgenden möchte ich kurz den Ablauf der Müllbeseitigung nach dem Blaubeurer Verfahren schildern: Nach einem Zerkleinern des Mülls wird mittels eines Magneten Eisenschrott entfernt. Als nächstes wird zur Erhöhung des Stickstoffanteils im Gemisch frischer Klärschlamm zugesetzt. Dieses Gemenge wird nun gründ-

lich in einem Knetter durchmischt. Daraufhin hebt ein Kran die nun krümelige Masse in hohe Behälter, in denen sie nach dem speziellen Verfahren „beatmet“, d. h. belüftet wird. Durch genaue Regelung von Temperatur, Feuchtigkeit und Sauerstoffgehalt erreicht man eine Abtötung von allen Krankheitskeimen im Müll. Gleichzeitig schafft man optimale Lebensbedingungen für sauerstoffliebende Bakterien, welche nun den Müll verarbeiten. Wichtig ist: Es tritt hier keine Fäulnis und damit auch kein unangenehmer Geruch auf.

Dieses Verfahren ist meines Wissens zur Zeit die umweltfreundlichste Art der Müllbeseitigung, und ich meine, es wäre doch zu überlegen, ob nicht ihm der Vorzug vor der Müllverbrennung gegeben werden sollte.

Klaus Osterholt
Herten
Hiberniastraße 1

30.1.74

● Auch nach dem Bürgergespräch:

Beim Müllproblem bleibt eine Frage weiter offen

Welches Verfahren kostet am wenigsten Geld

HERTEN. Die Frage nach anderen und gegebenenfalls besseren Möglichkeiten der Müllvernichtung blieb auch in dem Bürgergespräch zur Müllverbrennungsanlage im Raum. In ihrer Studie hatten die Jusos der ihrer Ansicht nach schädlichsten und teuersten Möglichkeit, der Verbrennung, zwei andere Verfahren gegenübergestellt: die Kompostierung und die Deponie.

Beide Verfahren haben nach Ansicht des Beigeordneten Rudolf Pezely einige Nachteile.

Zur Deponie führte Pezely an: „Durch die Mülldeponie entstehen notgedrungen riesige Müllberge, da man das Volumen hierbei nicht verringern kann.“

Zum Verfahren der Kompostierung meinte der Rechtsrat: „Bei der Kompostierung können durch chemische Prozesse Gifte ins Grundwasser kommen.“ Eine letzte Möglichkeit der Müllvernichtung wäre das Verfahren, in dem das Volumen des Mülls auf ein Zehntel zusammengepreßt wird.

30.1.74

Bürgeraktionen haben kein Klage-Recht

WAZ BOCHUM

Bürgerinitiativen, Interessengemeinschaften und Aktionsgruppen, die sich als „Anwälte öffentlicher Interessen“ bei Problemen der Industrieplanung und des Umweltschutzes betrachten, sind nicht befugt, aus eigenem Recht, in „öffentlichem Auftrag“ vor den Verwaltungsgerichten Prozesse zu führen.

Mit dieser Entscheidung wies das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen in zwei Musterprozessen Klagen der Interessengemeinschaft der VEBA-Anlieger in Gelsenkirchen und der „po-grün“-Aktion in Wattenscheid als unzulässig zurück. Mit ihren Klagen hatten die VEBA-Anlieger den Bau einer Rohöldestillation in Scholven angefochten, die „pro-grün-Aktion“ wollte die Sperrung eines populären Stadtparkweges verhindern. Zur Klage sei nur befugt, urteilten die Richter, wer in seinen eigenen Rechten verletzt sei.

Vergleichbar

„Häuser nicht neben Hochöfen bauen“

Staatssekretär Nelles: Bürger sind beschwerdebewußter geworden

Fortsetzung von Seite 1

Verhindern kann das Ministerium Industrieansiedlungen auf der „grünen Wiese“, wenn die geforderten Abstände zu Wohngebieten oder die Vorschriften über zumutbare Belästigungen nicht eingehalten werden. Probleme ergeben sich nach Nelles aber bei Planungen innerhalb von Städten. „Wir können dann unsere negativen Gutachten und Bedenken vorbringen, aber die Gemeinden vor Fehlern bewahren können wir nicht“.

Als Beispiel nannte Nelles Pläne der Stadt Dortmund, die im Schatten der Hörder Hochöfen im Rahmen der „Stadt-sanierung“ Häuser für mehrere tausend Bürger bauen will, obwohl bei bestimmter Windrichtung die Rauchfahnen direkt in die Wohnungen dringen wer-

den. Ähnlich ungünstig sei die Lage eines neuen Wohnzentrums in Dortmund-Dorstfeld.

„Wenn die Häuser stehen und die Kinder krank werden, dann kommt der Ruf, die Gewerbeaufsicht solle die Schloten stilllegen“, befürchtet Nelles. Nach dem Urteil gegen die

Flachglasfabrik der DELOG, die in Gelsenkirchen wieder abgerissen werden mußte, sei der Bürger „beschwerdebewußter“ geworden. Es liege deshalb im Interesse von Wirtschaft und Gemeinden, wenn Ausbaupläne von der Gewerbeaufsicht sorgfältig geprüft würden.

2/11 74

Reisekosten von 20 000 DM haben sich bezahlt gemacht

Kein Lärm und Staub - Aber der Mülltransport bereitet noch Sorgen

HERTEN. Die 20 000 DM für die Studienfahrt der Stadtverordneten und die Mitglieder des Werksausschusses der Stadtwerke zu den Müllverbrennungsanlagen in Offenbach und Genf haben sich schon jetzt bezahlt gemacht: die Delegationsmitglieder sammeln an Ort und Stelle wichtige Erkenntnisse, die als Ausgangsbasis für die weitere Diskussion über die geplante Ansiedlung einer Müllverbrennungsanlage in Hertens-Süd dienen.

Diese Informationslücke zu schließen war nach Ansicht von Stadtdirektor Stanke notwendig: „Die Entscheidung über die zentrale Müllverbrennungsanlage wird nicht ohne

Herten, aber nicht von Hertens gefällt!“

Die Anlage, die sich in der Vorplanung befindet und möglicherweise auf dem Gelände an der Hohewardstraße, das

vor Jahren für die Ansiedlung der Ford Werke vorgesehen war, in den nächsten Jahren errichtet wird, würde die modernste der Welt sein.

Für eine Million Einwohner

Die Müllverbrennungsanlage in Hertens soll Hausmüll, Gewerbe- und Industriemüll vom Papier bis zu Konserven und Altöl verwerten. Sie würde den Abfall von etwa einer Million Einwohner verbrennen. In der ersten Ausbaustufe werden die Städte Hertens, Marl, Wanne-Eickel, Herne und Wattenscheid erfaßt. Später würde der Müll der Bürger und Be-

triebe aus Bochum und Witten (2 Ausbaustufe) sowie von Gelsenkirchen und dem Ennepe-Ruhr-Kreis hinzukommen.

Beachtliche Erfolge

Die besichtigten Müllverbrennungsanlagen in Offenbach und Genf (Schweiz) machten auf Stadtverordnete und leitende Beamte der Stadtverwaltung einen positiven Eindruck. Stadtdirektor Stanke: „In beiden Fällen hat man beachtliche Erfolge erzielt“. SPD-Fraktionsvorsitzender Voigt lobte: „Recht eindrucksvolle Anlagen.“

„Fehler nicht wiederholen“

Der Vorsitzende des Wirtschaftsförderungsausschusses, Muhs (CDU), war sichtlich überrascht und beeindruckt, mit welcher Sauberkeit, hohem Grad an Präzision und geringer Umweltverschmutzung die Anlagen in Genf und Offenbach arbeiten: „Selbst unmittelbar an der Anlage roch man nichts“.

keine Klagen der Bürger aufgetreten“.

● CDU-Fraktionsvorsitzender Surmann: „Die Emission ist kein Problem. Gerüche waren nur an wenigen Stellen, an denen der Müll angeliefert wird, festzustellen. Diese Gerüche drängen aber nicht nach außen. Lärm macht die Müllverbrennungsanlage nicht“.

Anlage wird verbessert

Außerdem hat die Gelsenberg Mannesmann Umweltschutz GmbH, die die Müllverbrennungsanlage in Hertens errichten würde, zugesichert, daß die ausgestoßene Staubmenge, die bei den Anlagen in Genf und Offenbach über dem nach den NRW-Gesetzen zulässigen Norm liegt, erheblich verringert wird. Außerdem werden spezielle Elektro-Filter eingebaut.

Erhebliche Schwierigkeiten

sehen Hertens Kommunalpolitiker dagegen beim Transport des Mülls zur Verbrennungsanlage. Der Müll von Marl, das ebenfalls zum Einzugsbereich der Anlage gehört, mußte quer durch Hertens zur Anlage in Hertens-Süd transportiert werden.

Stimmen der Politiker

Die eindeutigen Stimmen einiger Politiker:

● SPD-Fraktionsvorsitzender S Voigt: „Wenn der Mülltransport nicht per Schiff oder Bahn, sondern über Hertens Straßen folgt, halte ich den Bau der Müllverbrennungsanlage in Hertens für ausgeschlossen. Diese Lösung ist für uns untragbar“.

● CDU-Fraktionsvorsitzender Surmann: „Eine solche Verkehrsbelastung kann ich nicht vertreten, da es zu erheblichen zusätzlichen Störungen

und Lärmbelästigungen kommt“.

● Heinz Muhs, Vorsitzender des Wirtschaftsförderungsausschusses: „Die bösen Erfahrungen mit dem Haldentransport der Zeche „Schlägel & Eisen“ dürfen sich nicht wiederholen. Dadurch werden unsere Straßen zu stark ausgelastet, was nicht nur die Bürger belästigt, sondern auch die Kosten für Straßenausbesserungen in immense Höhen treibt.“

Einige Auswege stehen allerdings schon im Raum: der Mülltransport per Bahn oder das von der Stadt Witten entwickelte Preßverfahren. Damit kann der durch Lkw zu transportierende Müll im Verhältnis von 1:5 verkleinert werden.

Ko.

Kann noch Bedenken

Alle Bedenken, daß die Anlage für eine erhebliche Geruchs- und Lärmbelästigung in Hertens-Süd sorgen könnte, scheinen ausgeräumt. Die Eindrücke der von der WAZ befragten Fraktionsvorsitzenden.

● SPD-Fraktionsvorsitzender Voigt: „Es waren keine Emissionen festzustellen. In einer Siedlung in Offenbach, die direkt an der Müllverbrennungsanlage liegt, sind bisher



BESICHTIGUNGSOBJEKT der Hertener Delegation; die Müllverbrennungsanlage in Offenbach.
(WAZ-Bild)

Kunststoffabfälle wiederverwerten

(DNR/WWF). Das Forschungsprogramm „Wiederverwertung von Kunststoffabfällen“ befindet sich nun bereits in der Phase der Realisierung, und die bisher noch nicht bearbeiteten Teilprojekte sollen jetzt in Angriff genommen werden.

Das wurde nun vom Verband Kunststoffherstellende Industrie mitgeteilt und hinzugefügt, es gehe bei dem Forschungsprogramm hauptsächlich um die Ermittlung von Daten, die eine Beurteilung gestatten, inwieweit eine Wiederverwertung von Kunststoffabfällen aus verschiedenen Quellen überhaupt in Frage komme, und falls ja, welche Verwertungsverfahren die günstigsten seien.

Bei den Kunststoffabfällen handelt es sich einmal um industrielle Abfälle aus Produktion und Verarbeitung, jedoch auch um die Kunststoffkomponenten des Haus- und Gewerbemülls. Es soll zunächst eine Beschränkung auf Massenkunststoffe wie Polyolefine, Polyvinylchlorid und Polystyrol sowie Polyurethane und Pressmassen stattfinden.

Das Forschungsprogramm erfordert in seiner ersten über drei Jahre laufenden Stufe einen Kostenaufwand von etwa vier Millionen DM — der Gesamtaufwand wird mit 6,6 Millionen DM angegeben.

Hamburg. (dpa) An drei „Fronten“ streiten gegenwärtig Deutschlands Tierschützer für mehr Lebensraum der Legehennen. Beschuldigt in drei Verfahren in Dortmund, Wiesbaden und Mainz sind in allen Fällen sogenannte Eierfabriken und ihre Händler. Sie haben sich nach Ansicht der Tierschützer durch Massentierhaltung und Irreführung der Käufer schuldig gemacht, „indem sie vorgaukeln, Eier von glücklichen Hühnern auf den Markt zu bringen“, wie Rechtsanwalt Dr. Klaus Sojka aus Hamburg mitteilte.

Der Anwalt — bekannt geworden durch seinen Feldzug gegen die Vergasung der Fische und den Versuch, die „Minirobe“ vor Gericht einzuführen — vertritt bei diesen Prozessen die Arbeitsgemeinschaft deutscher Tierschützer, den Verein gegen Tierquälerei und Massentierhaltung sowie die Zoologische Gesellschaft, an deren Spitze Professor Bernhard Grzimek steht.

In der Bundesrepublik gibt es nach Angaben von Sojka schätzungsweise 60 Millionen Hennen, deren Lebensraum aus einem 40x43 cm großen Drahtkäfig besteht, den sie sich mit bis zu drei

Fürs Glück der Hühner vor Gericht

23. 9. 75

VON BERND BOSSE

Artgenossen teilen müssen.

„Die mangelnde Fluchtmöglichkeit setzt die Tiere innerhalb der Hackordnung Massakern und Kannibalismus aus. Die künstliche Stallbeleuchtung täuscht einen 20-Stunden-Tag vor und beschleunigt so das nach Tagesrhythmus erfolgende Eierlegen in unnatürlicher Weise“, erklärte Sojka.

Bei den drei Verfahren geht es um besonders gravierende Fälle. So sei ein Verfahren bei der Staatsanwaltschaft in Wiesbaden gegen eine Firma anhängig, die unter dem Werbespruch „Frische Landeier vom Gut Weilerhof“ und mit einem Prospekt, der Hühner auf einer grünen Wiese zeige, ihre Eier anbiete.

Eine weitere Klage sei in Dort-

mund gegen einen Eiergroßhandel und eine Filiale eines großen Kaufhauskonzerns anhängig, die ihre Eier unter der Bezeichnung „Das Naturei“ anböten, „obwohl diese Hühner nie etwas wie Natur gesehen haben“. Die dritte Klage laufe bei der Staatsanwaltschaft in Mainz gegen ein Geflügelverwertungsunternehmen, das mit ähnlichen Mitteln arbeite.

Das Nahziel der Tierschützer ist darin zu sehen, die Produkte aus „Konzentrationshaltungen“ zu kennzeichnen, um den Verbraucher darauf aufmerksam zu machen, welche Eier er zu sich nimmt. Als Fernziel betrachtet Sojka ein Verbot jeder Art von Massentierhaltung — also nicht nur bei Hühnern.

Deshalb seien auch in allen Prozessen der Bundeslandwirtschaftsminister und die Bundesgesundheitsministerin mit angeklagt. Solange von seiten der Regierung nichts geschehe, fühlten sich die Firmen sicher. Am 1. Oktober will Sojka nach eigenen Worten im Bundeshaus in Bonn über dieses Thema vor eingeladenen Bundestagsabgeordneten sprechen und einen Film über Massentierhaltung vorführen.

Geplante Müllverwertung in Herten soll nach dem Prinzip der Rückgewinnung arbeiten

Plan ist umweltfreundlicher als Verbrennung

Kreis. Der seit langem diskutierte Plan einer Müllverbrennungsanlage in Herten ist in der ursprünglichen Form offenbar längst überholt. Die Spitzen der Kreisverwaltung, der Stadt Herten, des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk sowie der Regierungspräsident wollen heute in Herten über einen Alternativplan beraten, der vor allem unter dem Aspekt des Umweltschutzes von großer Bedeutung ist. Es geht um die Frage, ob statt der bisher vorgesehenen herkömmlichen Müllverbrennung eine Rohstoff-Rückgewinnungsanlage gebaut werden soll.

Gegen die bisher vorgesehene, wie ein Politiker meint, gigantische Müllverbrennungsanlage mit einer Kapazität von fast 800 000 Tonnen Müll waren in der Vergangenheit zahlreiche Bürger aus Herten und dem Recklinghäuser Ortsteil Hochlarmark zu Felde gezogen. Sie befürchten, die Anlage könnte Immissionsbelastungen größten Ausmaßes auslösen.

Eine Lösung mit der jetzt dis-

15.6.77
kultierten Rückgewinnungsanlage hätte den Vorteil, daß nur etwa 25 bis 30 Prozent des anfallenden Mülls verbrannt würde. Dazu soll auch der Krankenhausmüll gehören. Alle übrigen Abfälle, wie Papier, Metalle, Kunststoffe, könnten aussortiert und weiter verwandt werden, das heißt zum Beispiel der Glasindustrie oder Kunststoffherstellern zur Verfügung gestellt werden.

Fachleute sehen in dieser Art von Müllverwertung vor allem wirtschaftliche Vorteile, eine Tatsache, die sich auch bei der Kostenberechnung für die geplante Müllverwertungsanlage in Herten niederschlagen würde.

In Herten wird heute auch die Frage erörtert, welche Städte sich an der zentralen Müllverwertung in Herten beteiligen. Ursprünglich sollte die Anlage für einen Einwohnerbereich von rund 1 Million gebaut werden.

Aus dem Kreishaus verlautetete gestern weiter, das Projekt müsse so schnell als möglich verwirklicht werden. **Mi.**

SVR: Wir stehen für Müllverbrennungsanlage in Herten gerade

Zwei Stunden „Müll-Debatte“ mit Fülle von Fragen

Herten. „Wir als Ihr Kommunalverband SVR stehen für die geplante Müllverbrennungsanlage in Herten gerade“, betonte gestern der Beigeordnete des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk, Hirt, in einer Sitzung des Rates. Hirt hatte zuvor gemeinsam mit dem Vertreter der GMU (Gelsenberg-Mannesmann-Umweltschutz), von Felsen, die Pläne für die Müllverbrennungsanlage Mitte II und das Rohstoffrückgewinnungszentrum Ruhr in Herten Süd erläutert. Wie wir bereits ausführlich berichtet haben, soll diese Anlage im Industriegelände Herten Süd entstehen und im Endausbau jährlich 700 000 Tonnen Hausmüll, 200 000 Tonnen Industriemüll und 1000 Tonnen Krankenhausabfall aus dem weiten Umkreis vernichten bzw. zur Weiterverarbeitung aufbereiten. Angesichts solcher Dimensionen standen Fragen des Umweltschutzes und der Verkehrsanbindung im Mittelpunkt der Diskussion, der zahlreiche Zuhörer, unter ihnen Kreisoberbaudirektor Hugo Machnik und Recklinghausens Oberstadtdirektor Lorenz Amely, beiwohnten.

Einleitend hatte Beigeordneter Hirt deutlich gemacht, daß man dem Schutz der Umwelt ein besonderes Augenmerk gewidmet habe. Neben der erforderlichen Vielzahl von Messungen seien zusätzliche Gutachten zum Thema Schall, Verkehrsbelastung und Staubkonzentration zur Zeit in Arbeit und würden bei der Prüfung natürlich mit Berücksichtigung finden. Schon jetzt habe der SVR von sich aus eine zusätzliche Rauchgaswäsche, eine separate Aufbereitung der Abwässer und Müllschieber an der Entladestelle zur Vermeidung von Geruchsbelästigungen vorgesehen. „Ich kann Ihnen versichern, daß wir die Belastungen so gering wie möglich halten.“

Für die GMU, die mit der technischen Planung der Anlage beauftragt worden ist, erläuterte von Felsen das Rohstoffrückgewinnungszentrum, das der Verbrennungsanlage zugeordnet werden

soll. Er betonte, daß die Gesamtanlage Bestandteil einer übergeordneten Planung sei und bei den Bundes- und Landesministerien großes Interesse gefunden habe.

Im Endausbau würde das Zentrum eine Milliarde DM kosten, wobei er persönlich damit rechne, daß sie voll aus öffentlichen Mitteln finanziert werde. Im Augenblick lägen die Unterlagen beim Regierungspräsidenten in Münster zur Überprüfung, würden dann zu jedermanns Einsichtnahme in Herten öffentlich ausgelegt und bei einem Erörterungstermin diskutiert. „Die Beteiligung der Bürger ist garantiert.“

Bürgermeister Willi Wessel, der zu Beginn der Debatte als positiv vermerkt hatte, daß in der vorliegenden Studie viele Wünsche aus früheren Zusammenkünften eingeflossen seien, hatte keine leichte Aufgabe, die Menge der Wortmeldungen zu registrieren. Fast alle der wohl über 50 Fragen betrafen die Umweltbelastung („Wo kommt der Staub runter?“) und den Verkehr („Ist wirklich garantiert, daß die Anlieferung lediglich über die Autobahnen erfolgt?“). Viele Fragen mußten unbeantwortet bleiben, da entsprechende Gutachten noch nicht vorliegen. Eins allerdings betonten die Sachverständigen immer wieder: Der Standort Herten ist ideal, die Belastung unterhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Grenzen, die Verkehrsanbindung ohne Berührung der Stadt. Siegfried Hoyer (SPD) sprach für viele, als er betonte, daß die Beratung in den Fraktionen sicherlich leichter wäre, wenn die zusätzlichen Gutachten bereits vorliegen würden. Spätestens im Februar — dann werden die Meßdaten erwartet — wird man sich wieder mit den Plänen des Siedlungsverbandes beschäftigen müssen. —

